



Medienkonferenz Legislaturrichtlinien 2017-2020 vom Mittwoch, 28. Juni 2017

REFERAT VON GEMEINDERÄTIN FRANZISKA TEUSCHER, DIREKTORIN FÜR
BILDUNG, SOZIALES UND SPORT

LEGISLATURZIELE 1 UND 2

Es gilt das gesprochene Wort

Werte Medienschaffende

Ich darf Ihnen die ersten beiden Legislaturziele des Gemeinderats vorstellen. Das erste lautet: *«Die Stadt Bern stärkt die Vielfalt der Bevölkerung in allen Lebensbereichen.»*

Die Stadt Bern ist eine **Stadt der Vielfalt**. Das ist ein grosses Plus urbaner Zentren. Damit meine ich nicht nur die Menschen aus 160 Nationen, die bei uns leben, sondern auch den Mix von Jung und Alt, von politischen Haltungen, von unterschiedlichen Lebensentwürfen, von Menschen mit mehr oder weniger ökonomischen Möglichkeiten und so weiter. Diese Vielfalt hat ein sehr grosses Potential, das aber nur zum Fliegen kommt, wenn wir die Stadt der Vielfalt zu einer **Stadt der Beteiligung** machen.

Was heisst das? Ein Beispiel: Wir wollen und müssen mehr Wohnraum bauen. Damit verändern wir Quartiere und haben die Chance zu gestalten. Und die Bernerinnen und Berner haben die Möglichkeit mitzugestalten. Und sie sollen mitgestalten. Wir wollen zum Beispiel eine Warmbächli- oder Viererfeldüberbauung, eine 50m-Schwimmbad, mit der sich die Menschen identifizieren können, weil sie mitgewirkt und damit mitgetragen haben. Dabei haben die sozialplanerischen wie umweltplanerischen Anforderungen für mich einen sehr hohen Stellenwert. Wir wollen Durchmischung und Integration bezüglich Generationen, Kulturen und der wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bevölkerung in unseren Quartieren. Wir wollen Quartiere, wo Nachbarschaftsbeziehun-

gen funktionieren und gelebt werden. Wo Menschen geboren werden, aufwachsen, leben und im Alter möglichst in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können. Dabei ist Lebensqualität immer an einen sorgsamem Umgang mit der Umwelt gebunden. Das eine ohne das andere funktioniert nicht.

Auch beim Grünraum ist Vielfalt das zentrale Stichwort. Wir wollen eine grüne Stadt, in der die Biodiversität erhalten, gepflegt oder zu neuem Leben erweckt wird. Wir wollen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner eine vielfältige Natur in ihren Quartieren erleben können.

Ich fasse zusammen: 97 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner lebt gerne in der Stadt Bern. Dies ergab die letzte Bevölkerungsbefragung. Wenn wir «Betroffene» noch stärker zu «Beteiligten» machen, wird das Zugehörigkeits- und Zufriedenheitsgefühl hoch bleiben oder sogar noch weiter ansteigen. Dies ganz nach meinem Motto: «Bern ist eine fantastische Stadt, doch da liegt noch mehr drin.»

Zum zweiten Legislaturziel: *«Die Stadt Bern sorgt für einen chancengerechten Zugang zu Arbeit und Bildung.»*

Chancengerechtigkeit beim Zugang zur Bildung und Arbeit beginnt bei der Geburt eines Kindes. Also ganz am Anfang des Lebens. Wenn wir Kinder und ihre Familien von Beginn weg unterstützen und begleiten, haben wir die Chance viel zu erreichen – für das einzelne Kind, für die Familien, für die Gesellschaft und die Wirtschaft. Das heisst, es ist wichtig, dass wir die richtige Infrastruktur bereitstellen: Ich denke da an Frühförderprogramme, Kitas, Kindergärten, Schulen, Basisstufen, Bildungslandschaften, Tagis, Tagesschulen, Ferieninseln, Sport- und Freizeitanlagen und -angebote. Und in der Betreuung gehen wir ganz klar in die Richtung von Ganztagesstrukturen. Das heisst aber gleichzeitig: Wir müssen Familien in der Kinderbetreuung finanziell entlasten. Die familienexterne Kinderbetreuung muss dank zusätzlicher städtischer Finanzmittel für die Familien günstiger werden. Das ist bedarfsgerechter, wirtschaftlicher und sozialer als nach dem Giesskannenprinzip Steuern zu senken.

Ganz klar ist, dass wir dabei nicht vergessen, dass gerade Jugendliche bei der Berufswahl und beim Einstieg in eine Lehre oder die Berufswelt manchmal einen Zusatzsupport benötigen. Den wollen wir ihnen auch geben. Gleiches gilt für Migrantinnen und Migranten, für Menschen mit Behinderungen oder Menschen mit sozialen Ein-

schränkungen: «Chancen» müssen vielfältig, an verschiedene Lebensphasen und Lebenspläne angepasst sein.

Ich fasse zusammen: Als «Mehrgenerationenverbund» ist eine Familie eine soziale Institution^{*)}. Als solche bedarf sie der gesellschaftlichen Anerkennung und Unterstützung. Der Gemeinderat will dies bis 2020 vor allem über das Aufgleisen von Ganztagesstrukturen und einer finanziellen Entlastung der Eltern in der Kinderbetreuung tun.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

^{*)} Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen